



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Katharina Schulze, Markus Ganterer, Ulrich Leiner, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehrweg besser fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im geplanten Verpackungsgesetz folgende zusätzliche Maßnahmen aufgenommen werden:

- die Weiterentwicklung des Einwegpfands zu einer ökologischen Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen;
- die Ausweitung der Pfandpflicht auf die Getränkesegmente Fruchtsäfte, Fruchtnektare, Gemüsesäfte und Gemüseektare;
- die Festlegung einer klaren Unterscheidung von „Einweg-“ und „Mehrweg“ auf der Getränkeverpackung selber. Kundinnen und Kunden müssen auf einen Blick erkennen können, ob es sich um eine umweltfreundliche oder eine ökologisch nachteilige Verpackung handelt.

Begründung:

Der Anteil an Mehrweggetränkeverpackungen liegt weit unter dem in § 1 Verpackungsverordnung genannten Ziel von 80 Prozent. Die Auswertung der Getränkeabfüllung nach Verpackungen in Deutschland ergibt für 2014 einen Anteil der Mehrweg-Verpackungen und der ökologisch vorteilhaften Verpackungen von gerade einmal 46,1 Prozent.

Vor allem Getränkedosen sind nach Erhebungen des Umweltbundesamts 2014 massiv gestiegen und verdrängen immer mehr Bier in Mehrweg-Glasflaschen. Der Getränkeverbrauch in Dosen ist 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 28,3 Prozent gestiegen. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen und kann verstärkt auch mittelständische Brauereien gefährden. Die Zunahme des Einweganteils liegt vor allem an der geringen Spreizung zwischen den Pfandbeträgen bei Einweg und Mehrweg. Im geplanten Verpackungsgesetz sind deshalb wirkungsvolle Maßnahmen zur Erhöhung des Mehrweganteils vorzusehen.